

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 6/21

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Viele Impfungen, fallende Inzidenzen: Normalität in Sicht?

Die Corona-Inzidenzzahlen sind auch in Mülheim deutlich gesunken. Obwohl Teile der "Notbremse" unter Auflagen gelockert wurden, ist weiter unklar, wie alles bis zu den Bundestagswahlen im Sept. weitergeht. Viele Menschen hoffen auf baldige Rückkehr zur Normalität. Doch selbst wenn alle Einschränkungen aufgehoben würden, wird die Vor-Coronazeit kaum vollständig wiederkehren. Zu groß sind die Kollateralschäden durch die weit mehr als einjährigen massiven Pandemiemaßnahmen bereits jetzt. Mehr dazu auf dem Einlegeblatt.

Mülheim doch kein "Sicherer Hafen" für zusätzliche Flüchtlinge

Am 19. Feb. beschlossen CDU/Grüne/SPD/Die Partei Mülheim zum "Sicheren Hafen" zu erklären und 50 Flüchtlinge aus Griechenland zusätzlich zu dem staatlichen Verteilungsverfahren zu übernehmen. Die Aufsichtsbehörde des RP hat nun dazu geschrieben, dass dies aus 2 Gründen nicht erlaubt sei. 1.) sei eine solche freiwillige Direktaufnahme mangels gesetzlicher Grundlage nicht möglich. 2.) dürfe die sogar bilanziell überschuldete Stadt Mülheim, zudem im Stärkungspakt, den Umfang der freiwilligen Ausgaben nicht ausweiten, ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung vorzuweisen. (bei 50, zumeist unbegleiteten Jugendlichen geht es um ca. 2 Mio. € jährlich).

Ende einer beschämenden "Affäre": Scholten fast unbescholten?

Mülheims Ex-OB Scholten (im Bild rechts zwischen seinem SPD-Widersacher Mendack und seinem CDU-Nachfolger Buchholz) schied krank und in Ungnade aus seinem Amt. Er muss aber keine Anklage wegen Untreue fürchten. Erneut stellte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn ein. Ein Verdacht der Untreue gegen ihn hat sich laut Staatsanwaltschaft Duisburg auch bei einem zweiten Ermittlungsverfahren nicht erhärten lassen. Das Verfahren ist jetzt eingestellt worden. Einzig steht nun noch aus, wie die Düsseldorfer Bezirksregierung als Scholtens Dienstaufsicht mit dem Disziplinarverfahren gegen den Ex-OB weiter verfährt. Zur Erinnerung an die für die ganze Stadt, besonders aber die SPD, oberpeinliche „Affäre“: Ein erbärmliches Armutszeugnis!



Keine Angsträume in der Innenstadt in Mülheim?



Wegen der Massenschlägerei von vorwiegend arabisch/türkischen Jugendlichen an der Zentralhaltestelle Stadtmitte fand eine BSO-Sondersitzung statt. Mülheim habe keine sicherheitsbedenklichen Hotspots vergleichbar mit Duisburg oder Essen – so die Botschaft von Polizei, Ordnungs- und Jugendamt im Sicherheits-Ausschuss. Die Massenschlägerei mit gut 30 Beteiligten nahe der Haltestelle Stadtmitte sei nur eine „Auseinandersetzung im Privatbereich“ gewesen, fasste der Polizeisprecher zusammen. WAZ: „MASSENSCHLÄGEREI – Mülheim Stadtmitte ist kein Hotspot von Jugendbanden“ Na denn: **Wo kein Problem sein darf, gibt es auch keines!**

Auf den folgenden Seiten:

- Verunstaltung der Aussichtsplattform an der ehemaligen Jugendherberge vom Tisch! Gut so! S. 2
- Autospur an der Mühlenbergkreuzung wurde zum Fahrradstreifen S. 3
- Rettung der verödeten Mülheimer Innenstadt durch städtische Übernahme der Mieten?..... S. 3
- Corona-Opfer ÖPNV, ganz besonders im Ruhrgebiet! Knöllchenzahl dagegen im starken Aufwind S. 4

Einlegeblatt: Kollateralschäden der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen bei Jung und Alt und

"Bildungsnotstand durch Haltungsnoten statt Leistungsmessung" durch Corona enorm vergrößert

Verunstaltung auch noch der Aussichtsplattform an der ehemaligen Jugendherberge vom Tisch! Gut so!

Das einzigartige städtebauliche und historische Vorzeigeobjekt Mülheims, das Postkartenmotiv der einst städtischen Jugendherberge am Kahlenberg, wurde Ende 2010 gegen heftigen Protest an die Immobilienfirma Schell verkauft und in Eigentumswohnungen umgewandelt. Die Stadt Mülheim hat sich bereits bei dem Verkauf der Jugendherberge nicht mit Ruhm bekleckert. Das Gebäude war über Jahrzehnte hinweg Treffpunkt für die Jugend. Viele Kinder haben ihre Grundschulzeit mit einer Übernachtung der ganzen Klasse dort abschließen können. Diese Möglichkeit ist mit dem Verkauf endgültig weggefallen. Das Geld hat die Bedürfnisse der Bürger besiegt.



Heute werden dort von dem stadtwweit aktiven Immobilienhai Schell kostspielige Wohnungen in unverbaubarer Lage vermietet. Anstatt Jugendgruppen nunmehr einige wenige, allerdings sehr betuchte Menschen mit offensichtlich großem Einfluss in dem Gebäude.



Seit Jahrzehnten wird die Aussichtsplattform neben dem Gebäudes bis heute genutzt. Sie lockt Menschen an, die die weite und unverbaute Sicht in das Ruhrtal genießen. Abends und Nachts ist sie zudem Treffpunkt für junge Menschen. Dies liegt an der Attraktivität des Ortes am Kahlenberghang, allerdings auch an dem Mangel an Alternativen. Es wäre eine Schande, diesen schönen Platz

durch Stahl oder ähnliches zu verunstalten.

Diese Aussichtsplattform sollte auf Betreiben von Schwarz-Grün hin eine Pergola und ein Stahlnetz bekommen, angeblich um das Gebäude darunter zu schützen. Immobilienhändler Schell wollte das als Sponsor bezahlen. Die Bezirksvertretung 1 sollte das am 31.5.21 beschließen. Etliche Bürger/innen haben dazu fristgerecht Eingaben eingereicht, um die Pläne zu verhindern. Die MBI hätten das Vorhaben in der BV ohne Wenn und Aber abgelehnt!

Bisher ist der Blick auf das Ruhrtal völlig frei. Dass oberhalb der ehemaligen Jugendherberge der Aussichtspunkt vergittert werden soll, stieß aber bei vielen nicht gerade auf Begeisterung, auch weil es wohl um die Interessen Einzelner geht, die nicht mehr möchten, dass dort z.B. Müll auf ihre Terrassen fällt.

Die Jugendherberge ist leider seit langem Geschichte. Dass die betuchten neuen Bewohner nunmehr aber Ihren Einfluss zu einer weiteren Privilegierung (mehr Privatsphäre) und Verunstaltung der Plattform nutzen können, muss verhindert werden. Bei Einzug in die Jugendherberge war die Plattform vorhanden und bekannt. Dies gilt auch für den Blick von der Plattform u.a. auf die Terrasse der exquisit-Wohnungen. Die Behauptung, es würden Steine von der Plattform geworfen, ist womöglich vorgeschoben, um dem Wunsch nach mehr Privatsphäre eine halbwegs unverfängliche Begründung zu verpassen. Selbst wenn es zu Steinwürfen gekommen sein sollte, ist der Umbau ungeeignet und unverhältnismäßig. Die MBI fordern daher:

Erhaltet diesen schönen Platz für die Bevölkerung so wie er ist!

Brief eines namhaften Mitbürgers an die MBI: **Aussichtsplattform als Käfig?**

Eigentlich sollte man sich nicht darüber aufregen, dass für das niedere Volk oberhalb der ehemaligen Jugendherberge ein Käfig errichtet werden soll. Es ist doch nur konsequent, dass man die Very Important Persons, denen man das schöne Gebäude verkauft hat, jetzt auch vor dem Pöbel schützen will, der neben Steinen auch viele andere unbrauchbare Sachen dort hinterlässt. Man braucht nur einmal über die Brüstung zu gucken, um das zu erkennen. Dass hier etwas getan werden muss, ist logisch. Aber ein Käfig ist eigentlich nur eine halbe Sache. Wenn schon die Seele der Stadt nach und nach für Silberlinge verscherbelt wird, dann könnte man doch hier derart fortfahren, dass neben dem unteren Panoramaweg, der einst über die Terrasse der Jugendherberge führte und dann mit dem Verkauf gesperrt wurde, auch der obere Kahlenbergweg umgeleitet wird: um den Bismarckturm und die Villa URGE herum. Das niedere Volk kann doch woanders gucken, und die noblen Bewohner könnten die Plattform zu einem eigenen Bergfried umgestalten (die Zinnen sind ja schon vorhanden), eventuell mit einem gläsernen Panoramaaufzug. Steinwürfe wären so nicht mehr zu befürchten. Für diese Gefälligkeit kämen sicherlich ein paar Euro zusätzlich in das Stadtsäckel. - **Oder wäre es ausnahmsweise möglich, auf diese zusätzliche Einnahme zu verzichten und stattdessen den potenten Bewohnern zu gestatten, unterhalb der Plattform ein Auffangnetz zu installieren?**

Autospur Mühlenbergkreuzung wurde zum Fahrradstreifen

Die Stadt hat Mitte Mai eine der beiden Geradeauspuren an der Mühlenbergkreuzung von der Stadt in Richtung Broich zu einem reinen Fahrradstreifen ummarkiert. Dank der neuen Radspur kommen Fahrradfahrer nun in einem Rutsch über die Kreuzung an der Mülheimer Stadthalle. Der parallele, frühere Radweg, den man zum Teil noch an der roten Markierung erkennt, führte mit den Fußgängern über eine Verkehrsinsel. So werde mehr Gleichberechtigung im Verkehr geschaffen, meint die WAZ in: *"Neue Spur auf der Mühlenbergkreuzung beschleunigt das Radeln"*



Manche Autofahrer wiederum hätten sich jedoch gewünscht, dass man anstelle der abgezackten Spur die Ampelschaltung für Fahrradfahrer verbessert hätte. Und mancher Pedalast ist auch jetzt noch im gewohnten Trott und nimmt den Weg über die Verkehrsinsel.

Rettung der verödeten Mülheimer Innenstadt durch städtische Übernahme der Mieten?

Zu Recht schlug der Handelsverband bereits letztes Jahr Alarm: *„Die Innenstädte haben es mit einem dreifachen Tsunami zu tun: dem Strukturwandel im Einzelhandel, der Digitalisierung und der Corona-Pandemie“*

Die schwere Innenstadtkrise ist nicht zuletzt auch in Mülheim eines der großen Probleme, die im Gefolge der Corona-Maßnahmen Mülheim sogar noch mehr als andere Städte belasten wird. Stadtspitze und City"management" wollen nun der rapiden Verödung entgegenwirken, indem die Stadt Leerstände



anmietet und für bis zu zwei Jahre bei Neugründungen einen Großteil der Miete übernimmt. Citymanagerin Gesa Delija, Dominik Schreyer vom Diakoniewerk Arbeit & Kultur, Oberbürgermeister Marc Buchholz sowie Daniel Bach vom Stadtplanungsamt (im Bild von links) stellten in der Innenstadt das Projekt **"EG Neu - Dein Quartal für Dein Quartier"** vor. Ziel ist es, den Leerstand zu bekämpfen. Mit dem Projekt nimmt die Kommune nun an einem NRW-Sofort-

programm zur Stärkung der Innenstädte teil. Über 250.000 Euro fließen nach Mülheim. Das Geld kommt Menschen zugute, die mit originellen Ideen leerstehende Läden an der Wallstraße, dem Kohlenkamp oder dem Löhberg beziehen - und zwar nur im Bereich zwischen Bahn- und Schloßstraße. Gut zwölf Prozent der Ladenlokale in der Innenstadt stehen aktuell leer. Das könnten nach dem Pandemieende und dem Auslaufen der staatlichen Hilfen wegen Coronamaßnahmen sowie der Wiedereinsetzung der Pflicht zur Anmeldung einer Insolvenz noch deutlich mehr werden.

Das jetzige Hilfsprogramm wird sicherlich keine große Wiederbelebung der City bewirken, denn der Onlinehandel hat dem innerstädtischen Einkaufsbummel den Rang abgelaufen. Nun stellt sich die Frage, ob kleinere Geschäfte trotz einbrechender Umsätze und hoher Mieten überleben können. Das Architektur- und Beratungsunternehmen CSMM (Architecture matters) z.B. sieht in der Rückkehr von Handwerk, Produktion, Wohnen und Bildung einen Schlüssel für die multifunktionale Stadt der Zukunft.

Es wird kein Weg darum herumführen: Auch für die Mülheimer Innenstadt bedarf es eines fast gänzlich neuen Gesamtkonzepts und Vorstellungen, wie eine sinnvolle Zukunft überhaupt aussehen und gestaltet werden kann. Doch eine Diskussion darüber hat noch nicht erkennbar begonnen. Das könnte auch etliche, eingefahrene Strukturen gefährden, was z.Zt. aber nicht gewollt ist.



Corona-Opfer ÖPNV, ganz besonders im Ruhrgebiet!

RUHR
BAHN

Der Ruhrbahn, dem Mülheim-Essener Verkehrsunternehmen fügt Corona weiterhin hohe Verluste zu. Ohne Hilfen von Bund und Land drohen weitere Kürzungen. Ruhrbahn transportiert nur noch 40 Prozent der Fahrgäste von 2019: 15 Millionen Euro an Fahrgeldeinnahmen sind der Ruhrbahn während der Pandemie im vergangenen Jahr weggebrochen. Inzwischen hätten sich die Fahrgastzahlen zwar erholt, vermeldet das kommunale Verkehrsunternehmen, doch Busse und Bahnen seien nach wie vor deutlich leerer. Nun hofft die Geschäftsführung auf den Rettungsschirm 2 von Bund und Land.

Auch ohne Corona war die Ruhrbahn speziell in Mülheim bereits vorher im völligen Chaos. Die vor Jahren beschlossenen Einsparungen von 6 Mio. jährlich werden von Jahr zu Jahr verschoben, denn

ein gangbares Nahverkehrskonzept existiert nicht. Wie auch, wenn nicht einmal ein Ziel aus der Mühlenfeld-Ära wie Bus statt Bahn als erkennbarer Irrweg abschließend beendet werden soll. Zur Erinnerung: **Tollhaus Mülheim: Beispiel ÖPNV: Kirchtürmelei als sauteure Schildbürgerstreiche?**

Die MBI fordern seit langem, den ineffektiven ÖPNV im Ruhrgebiet endlich in eine gemeinsame Verkehrsgesellschaft umzuorganisieren, als erstes für den DEMO-Bereich (E/DU/MH/OB) mit seinen 1,5 Mio. Einwohnern. Doch die Kirchturmgesellschaften planen weiter, jede für sich und aneinander vorbei. So auch bei den Riesen-Investitionen als Beitrag zur Verkehrswende im Zuge der Klimamaßnahmen. Die Ruhrbahn hat sich unabhängig von etwa DU, OB, GE oder Bochum für Umstieg auf Wasserstoffbusse entschieden. So sinnvoll das auch sein mag, zusammen mit allen anderen Nachbarstädten wäre sicherlich ein viel größeres Verhandlungspotenzial gegeben. So aber weiß keiner, für welche zukünftige Antriebsart sich welche Stadt entscheidet, ob Elektrobusse, Erdgasbusse oder Hybride oder, oder... Und so gerät der durch Corona zusätzlich massiv geschwächte ÖPNV im Ruhrgebiet noch weiter ins Hintertreffen, weil auch die große Gelegenheit, bedingt durch Corona und die überfällige Verkehrswende, vertan wird, um die Fusionierung der Kirchturmgesellschaften endlich einzuleiten.

Die Ruhrbahn testete in der vorletzten Maiwoche den leisen und schadstoffarmen Wasserstoffbus für Mülheim auf Testfahrt entlang der Linie 133.

Anstelle eines dröhnenden Dieselmotors vernimmt man während der Fahrt nur ein sanftes Schnurren des Elektroantriebs. 2024 sollen sechs Wasserstoff-Busse die Mülheimer Flotte ergänzen. Neun Minuten dauert eine Auffüllung der vier Tanks mit insgesamt 37,5 Kilogramm Fassungsvermögen. Rund 400 Kilometer weit reicht die Ladung dann, und damit länger als bei Akku-betriebenen Bussen. Eine Pkw-Wasserstofftankstelle wie es sie am Rhein-Ruhr-Zentrum bereits gibt, können die Busse angeblich nicht nutzen. Ein Wasserstoffbus kostet aktuell etwa 650.000 Euro, ein Diesel rund 250.000 Euro. Die Ruhrbahn will in Essen und Mülheim insgesamt auf 258 Busse umstellen. 25 Millionen Euro steckt die Ruhrbahn bis 2033 in Mülheimer Busse und auch in Mülheimer Infrastruktur. Hinzu kommen bis zu 90 Prozent Fördermittel von Bund und Land. Der weitaus überwiegende Teil fließt in die Fahrzeuge, der Rest in eine neue Energiezentrale, die Werkstatt sowie die Tankanlage.



Eine Pkw-Wasserstofftankstelle wie es sie am Rhein-Ruhr-Zentrum bereits gibt, können die Busse angeblich nicht nutzen. Ein Wasserstoffbus kostet aktuell etwa 650.000 Euro, ein Diesel rund 250.000 Euro. Die Ruhrbahn will in Essen und Mülheim insgesamt auf 258 Busse umstellen. 25 Millionen Euro steckt die Ruhrbahn bis 2033 in Mülheimer Busse und auch in Mülheimer Infrastruktur. Hinzu kommen bis zu 90 Prozent Fördermittel von Bund und Land. Der weitaus überwiegende Teil fließt in die Fahrzeuge, der Rest in eine neue Energiezentrale, die Werkstatt sowie die Tankanlage.

Wenn schon der ÖPNV in schwerster Kise ist, so funktioniert in Mülheim wenigstens die Knöllchenmacherei bestens!

In den ersten drei Monaten hat der neue mobile Blitzer in Mülheim 3825 Temposünder gemessen. Theoretische Einnahme für die Stadt: 85.900 Euro. Bereits drei Mal wurde die "semistationäre" Blitzanlage schon mit Farbe beschmiert. Das hinderte das Gerät aber nicht daran, seinen Job zu machen.. Die beiden anderen mobilen Blitzanlagen der Stadt kamen im Jahr 2020 auf eine Summe der Bußgelder von 150.900 Euro.. Bei den vier stationären Mülheimer Blitzanlagen an der Weseler Straße im Hafen, an der Mannesmannallee, an der Aktienstraße stadteinwärts und an der Kreuzung Nordbrücke (Friedrich-Ebert-Straße) ergaben sich im Jahr 2020 bei Tempoverstößen Bußgelder in Höhe von 189.000 Euro.

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** 

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

Kollateralschäden der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen

Die Corona-Krise hat neben den wirtschaftliche auch diverse schwere soziale und psychologische Schäden erzeugt, deren gesamtes Ausmaß noch lange nicht absehbar ist. Um das für viele Bereiche einschneidende "Reset" (die große Transformation im erlaubten Sprachgebrauch) der gesamten Wirtschaft beiseite zu lassen, im folgenden ausgesuchte gravierende Folgeprobleme von Kontaktverboten, neudeutsch "social distancing", Schulschließungen u.v.m.:

JUNG UND ALT IN DER KRISE: Abgründe der Pandemie?

Die enorme Zunahme der Vereinsamung älterer Menschen ist ein großes Problem, und zwar vor allem derjenigen, die nicht in Heimen leben, auch weil sie einen Rest an Selbstbestimmung behalten wollen.

Es ist nämlich eingetreten, was befürchtet wurde: Opfer der Corona-Krise sind vor allem die Alten. Die Corona-Politik offenbart ein Verhältnis von Alt und Jung, das zu dieser Tragödie beigetragen hat.

Wenn die Corona-Krise auch eine gesellschaftliche Krise ist, dann ist sie eine zwischen Jung und Alt. Wie groß die Entfremdung der Generationen geworden ist, zeigen nicht nur technische Probleme. Wenn Senioren ratlos vor den Bildschirmen ihrer Enkel sitzen und sich durch die Internetseiten der Impfbehörden mühen, ist das nicht nur ein Beispiel dafür, dass viele das Gefühl haben, fremd in dieser Welt geworden zu sein. Die Pandemie hat das Leben komplett neu vermessen, und zwar zu Lasten derer, die das Ende vor Augen haben. Es ist sehr einsam um sie geworden - nicht nur wegen Berührungängsten und Kontaktverboten, sondern weil sie in der Corona-Politik auf eine Weise vernachlässigt wurden, die gruseln lässt. Selbst ein Jahr nach Beginn der Notfallpolitik gibt es noch immer keine flächendeckende Absicherung der Alten- und Pflegeheime, von den Möglichkeiten der zu Hause gepflegten Alten ganz abgesehen. Im ersten Schreck der Pandemie wurden viele Pflegeheime isoliert. Schnell war klar, dass eine menschliche Bekämpfung der Seuche so nicht aussehen kann. Aber was kam dann? Seither gehorcht die Corona-Politik der Linie: Weil eine Isolation vulnerabler Gruppen inhuman ist, müssen sie geschützt werden, indem die gesamte Gesellschaft das Virus mit Kontaktarmut aushungert.

Die Bekämpfung des Virus hinterläßt noch größere Schäden bei Teilen von Kindern und Jugendlichen, also bei unserer Zukunft

Vorab eine Horrormeldung der letzten Tage:

Jakob Maske, Sprecher des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ):

"Es gibt psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben. Die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind voll, dort findet eine Triage statt. Wer nicht suizidgefährdet ist und ,nur' eine Depression hat, wird gar nicht mehr aufgenommen."

In einem hoch entwickelten Industrieland wie Deutschland erzählen seit vielen Jahren Politiker und Experten gebetsmühlenartig davon, dass bei uns Bildung der "Rohstoff der Zukunft" sein müsse. Wir geben auch sehr viel staatliche Gelder dafür aus wie kaum ein anderes Land. Dennoch rast gerade Deutschland mit Riesenschritten auf eine Bildungskatastrophe größeren Ausmaßes zu. Das völlige Durcheinander im Schulbetrieb hat nun bereits zwei Schuljahre völlig durcheinander gewirbelt. Ganze Teile dieser Jugend werden unzweifelhaft weniger Chancen haben, zum "Rohstoff" der zukünftigen Gesellschaft veredelt zu werden. Leider ist das aber nur ein Teil der heraufziehenden Bildungskatastrophe, denn die strukturelle Fehlentwicklung durch eine ideologisierte Pädagogik wird Deutschland gegenüber vielen anderen Ländern ins deutliche Hintertreffen bringen.

Mehr zum bedenklichen, politisch erzeugten **Bildungsnotstand**, durch Corona noch vergrößert. b.w.

BILDUNG: Haltungsnoten statt Leistungsmessung

Auszüge aus Cicero vom 20. Mai 2021

"Kreative", politisch forcierte Lernformen genießen einen großen Vertrauensvorschuss. Dabei ist ihre Wirksamkeit nicht erwiesen.

Schöne neue Schülerwelt: Lernwerkstatt, Logbuch, Lernbüro, Lerntheke, Förderband – mit solchen erfinderischen Lernmethoden werben die sieben Schulen, (darunter die Mülheimer Grundschule am Dichterviertel) die am 10. Mai 2021 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet worden sind. Er wird alljährlich von der Robert Bosch Stiftung, der Heidehof Stiftung, der ARD und der ZEIT-Verlagsgruppe verliehen. Schirmherr ist der Bundespräsident. Wenn es darum geht, ihre Pädagogik griffig zu beschreiben, sind die preisgekrönten Schulen um Superlative nicht verlegen: Ihre Schulkultur sei demokratisch und vielfältig; ihre Pädagogik achtsam und kooperativ; ihr Anspruch antirassistisch, gewaltpräventiv und nachhaltig.

Nach einer Information jedoch sucht man auf der Website der Schulen allerdings vergeblich: nach den von den Schülern erbrachten Leistungen. Keine der mit dem Schulpreis ausgezeichneten Schulen hat auf ihrer Website die Schulleistungsdaten der vergangenen Jahre veröffentlicht.

Bei ihrer Preisvergabe hat die Jury die von den Preisträgerschulen angepriesenen „innovativen Schulkonzepte“ beim Wort genommen, ohne ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Gewürdigt wurden „individuelle Förderung“, das Bemühen um „Bildungsgerechtigkeit“, „selbstorganisiertes Lernen“, die „Stärkung von Teams“ und digitale Fitness. Leistung ist im Bildungsbereich offensichtlich zu einem vermiedenen Unwort geworden.

Haltungsnoten statt Leistungsüberprüfung

In der Presse wurden die prämierten Schulen euphorisch gefeiert und dem Rest der Republik als Vorzeigeschulen empfohlen. Auch Journalisten lassen sich gerne von der polierten Oberfläche einer Schule begeistern. Ideen, die als „kreativ“, und Lernformen, die als „schülerzugewandt“ angepriesen werden, finden immer Zustimmung. Letztlich vergeben Journalisten mit ihrem Lob Haltungsnoten, die über das, was beim Lernen wirklich wichtig ist – den Zuwachs an Wissen und Kompetenz – nichts aussagen.

Um die Leistungsfähigkeit einer Schule ermessen zu können, muss man den Wirkungsgrad des Unterrichts in Erfahrung bringen, der an der Schule stattfindet. Nur so erkennt man, ob die praktizierten Lehr- und Lernmethoden geeignet sind, den Schülern das Wissen zu vermitteln, das sie für einen qualifizierten Schulabschluss benötigen. Aufschluss darüber geben die Schulabschlussdaten und die Ergebnisse der bundesweiten Vergleichstests.

Politisch erwünscht – aber unwirksam

Wie sich eine Schulverwaltung jahrelang ungestört der Illusion hingeben kann, ihr Werk sei von Erfolg gekrönt, zeigt das Beispiel Berlin. Im bundesdeutschen Schulvergleich tragen Berlins Schulen seit mehr als zehn Jahren die Rote Laterne. Um die Schulen endlich aus der Dauermisere herauszuführen, hat Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) vor zwei Jahren eine Expertenkommission unter Leitung des Kieler Bildungsforschers Olaf Köller eingesetzt. Im Oktober 2020 veröffentlichte die Kommission ihre Ergebnisse.

Es geht um intellektuelles Verstehen und um die Speicherung des Gelernten im Gedächtnis. **Einer Unterrichtsmethode Unwirksamkeit zu attestieren, ist das härteste Urteil, das in der Pädagogik möglich ist.** Man muss es sich vergegenwärtigen: Jahrelang haben Berlins Lehrer Lernmethoden angewandt, die zwar politisch erwünscht waren, die aber den Schülern nicht das nötige Wissen vermittelt haben. Es gehört zu den Eigenarten der „schülerzugewandten“ Pädagogik, dass sie keine Rechenschaft ablegen muss, ob ihre „kreativen“ Methoden überhaupt wirksam sind. Da diese Methoden bei vielen Pädagogen per se als wünschenswert gelten, ist man geneigt, ihnen einen unbegrenzten Vertrauensvorschuss zu gewähren. **Die hohe Zahl an Schulabbrechern in Deutschland spricht allerdings eine andere Sprache.**

Schulversagen mit steigender Tendenz

Vor der Corona-Pandemie blieben in Deutschland jährlich 50.000 Schüler ohne Schulabschluss. Studiert man den ISQ-Bildungstrend, erfährt man den Grund für dieses Schulversagen. Eine erhebliche Prozentzahl der deutschen Schüler liest und rechnet an den weiterführenden Schulen noch auf Grundschulniveau, mehr als die Hälfte erreicht nicht die erwünschten Durchschnittsstandards. Das während des Lockdowns praktizierte Homeschooling hat die Wissenslücken noch einmal vergrößert. Auch hier sind die Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern benachteiligt. Einer Studie aus den Niederlanden zufolge hat sich während des ersten Lockdowns im Frühsommer 2020 bei dieser Schülergruppe der Lernrückstand um bis zu 60 Prozent vergrößert. Bildungsexperten rechnen für das Jahr 2021 – pandemiebedingt – bei uns mit einer Zahl von bis zu 100.000 Schülern ohne Schulabschluss. Bildungsökonominnen haben errechnet, dass sich solche Lernrückstände auf das ganze Leben gesehen in einem niedrigeren Erwerbseinkommen niederschlagen.....